Dienstag, 26. Juli 1921 : Nr. 1

Einzelverkaufspreis 30 Pfg.

Nachrichtenblatt der Kölner Zeitungen

Herausgeber: Kölner Tageblatt, Kölnische Volkszeitung, Kölnische Zeitung, Mülheimer Zeitung, Rheinische Volkswacht, Stadt-Anzeiger z. Köln. Ztg.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Josef Pleton. Druck von M. DuMont Schauberg, beide in Köln

Für Absatz-Postanstalten werden gebeten, dieses Blatt den Beziehern der obengenannten Zeitungen auszuhändigen.

Oberschlesien.

England und Frankreich.

Paris, 25 Juli. (Telegr.) Der gestrige Sonntag ist offenbar in Paris darauf verwendet worden, eine Verständigungsgrundlage zwischen England und Frankreich in der oberschlesischen Frage zu suchen. Aus den Morgenblättern ersieht man, daß der englische Oberkommissar in Oppeln in Gemeinschaft mit seinem italienischen Kollegen einen neuen Vorschlag gemacht hat, der die Lösung der oberschlesischen Frage erleichtern soll und der jedenfalls die englische und französische Regierung veranlassen wird, Verhandlungen in der oberschlesischen Frage auf einer neuen Grundlage aufzunehmen. Der Vorschlag ist an sich nicht neu; er ist bereits gemacht worden, als Oberst Percival wegen des Verhaltens der französischen Truppen im Laufe des Maiaufstandes der Polen seine Entlassung eingereicht hat. Die Bezirke, die nach dem Ergebnis der Volksabstimmung ungezweifelt den Deutschen und Polen zugesprochen werden, sollen sofort der Verwaltung von Polen und Deutschland übertragen werden. Es handelt sich für Polen um die Bezirke von Pleß und Rybnik, für Deutschland um die nördlichen und westlichen Volksabstimmungsgebiete, namentlich um die Bezirke von Rosenberg, Oppeln, Kreuzburg und Brobschütz. Durch diese Maßnahme soll es ermöglicht werden, die Truppen in dem strittigen Industriegebiet zu sammeln, wodurch die Notwendigkeit zur Entsendung von Verstärkungen auf das geringste Maß beschränkt würde.

Aber es scheint, daß auch gestern noch in einer andern Richtung und zwar in London verhandelt wurde. Die französische Regierung hat ihrem Botschafter gestern vormittag einen neuen Auftrag erteilt, den dieser ausführte und der offenbar hervorgerufen wurde durch die deutsche Frage, ob das Verlangen der französischen Regierung, Verstärkungen nach Oberschlesien zu befördern, ein Verlangen der Verbündeten sei. Der französische Botschafter wiederholte das Ersuchen der französischen Regierung, der Entsendung von Truppenverstärkungen zuzustimmen., fügte aber — wie der Petit Parisien mitteilt — hinzu, daß es gänzlich unzulässig sei, daß die englische Regierung das deutsche Manöver unterstütze und durch eine weitere Weigerung der deutschen Regierung zeige, daß man nicht einig sei. Im Gegenteil, die englische Regierung müsse entgegenkommen, damit in Berlin bewiesen werden könne, daß die Verbündeten immer noch eng vereint seien. Es hat den Anschein, daß der Graf de St.-Aulaire Lord Curzon einen entgegenkommenden französischen Vorschlag unterbreitet hat, der dahin geht, die englische Regierung möge die Entsendung von französischen Verstärkungen gutheißen, wenn Frankreich sein Verlangen nach einer sofortigen Einberufung eines Sachverständigenausschusses aufgebe und der Einberufung des Obersten Rats für den 1. oder 3. August zustimme.

Aus diesen Mitteilungen erkennt man, daß heute oder morgen die Entscheidung über die weitere Behandlung der oberschlesischen Frage fallen muß. Die Pariser Morgenpresse beschäftigt sich auch natürlich, da ein großer Teil von ihr gestern noch keine Gelegenheit hatte, zu den deutschen Noten Stellung zu nehmen, mit der Frage, was nun werden solle. Der halbamtliche Petit Parisien vertritt den Standpunkt, daß noch nichts unwiderruflich geschehen sei. Die Entsendung französischer Truppen sei noch in der Schwebe, und England habe noch nicht nein gesagt. Auch Deutschland noch nicht. Die Hauptanstrengung müsse also darauf verwendet werden, daß die Verhandlungen zwischen London und Paris nicht noch weiter vergiftet würden. Anders der Standpunkt des Matin. Jules Sauerwein erklärt, die deutsche Regierung hätte sich niemals gestattet, eine derartige Antwort zu geben, wenn England nicht Deutschland versprochen hätte, bevor es das Londoner Ultimatum annahm, für eine günstige Lösung der oberschlesischen Frage einzutreten. Das Blatt vertritt also den Standpunkt, daß die englische Regierung nicht mehr frei sei. Das ist natürlich eine Auffassung, die nicht neu ist, aber in dieser bestimmten Form ist sie niemals in der französischen Presse zum Ausdruck gekommen. Aus diesem Grund glaubt auch der Matin, vor allen Dingen aber Pertinax, daß die französische Regierung es sich nicht gefallen lassen könne, daß deutscherseits mit einem Nein geantwortet werde. Pertinax schreibt wörtlich:

Man kann den Standpunkt, den Ministerpräsident Briand in den letzten Tagen eingenommen hat, nur billigen. Wir haben nicht aufgehört, zu wiederholen, daß, falls die Minister der Downing Street fortfahren, nein zu sagen, wir uns zu einer action séparée veranlaßt fühlen werden. Wir nehmen an, daß der französische Ministerpräsident sich wohl Rechenschaft darüber abgegeben hat, daß, wenn ein englisches Nein erfolgt, er entschlossen sein muß, Berlin zum Nachgeben zu zwingen, indem er vor den Toren des Ruhrgebiets zuschlägt. Es handelt sich jetzt darum, eines der grundlegenden Prinzipien unserer Politik zu verteidigen. Es geht um die zukünftige Sicherheit unseres Landes. Wir können nicht mehr verhandeln, denn wir haben der Entente alle möglichen Opfer gebracht.

Aus dieser Bemerkung ergibt sich der Ernst der Lage, vor allen Dingen zeigt sich, welch großes Spiel die französischen Nationalisten in der oberschlesischen Frage zu spielen gedenken.

London, 25. Juli. Daily Chronicle schreibt in einem Leitartikel: Bis jetzt ist keine Entscheidung über die Zusammenkunft des Obersten Rates getroffen worden — inzwischen hat Deutschland die französische Note beantwortet und erklärt, daß das Recht zur Durchführung von Truppen nur zugestanden werden könne, wenn ein gemeinsames Ersuchen der Hauptmächte, die mit der Ausführung der Oberschlesien betreffenden Bestimmungen des Versailler Vertrages betraut sind, vorliege. Diese Behauptung, so bedauerlich sie sein mag, daß es Deutschland zugefallen ist, sie vorzubringen, erscheint aus juristischen Gründen als korrekt. Weder Großbritannien noch Italien sind bereit, mehr Truppen nach Oberschlesien zu senden. Ebensowenig haben beide, wie wir glauben, einen besonders dringenden Wunsch, daß die Franzosen es tun. Aber in letzterer Beziehung sind ihre Einwendungen nicht grundsätzlich. Wir glauben, daß sie beiseite gestellt werden würden, wenn Frankreich seinerseits sich bereit zeigte, ein vernünftiges Zugeständnis an die Ansicht seiner Alliierten zu machen, und die Zusammenkunft des Obersten Rates zu beschleunigen. Wir sind nicht geneigt zu glauben, daß wie Berichte melden, ein neues französisch-polnisches Geheimabkommen abgeschlossen worden ist, aber wir sind sicher, daß, wenn der Oberste Rat nicht binnen kurzem zusammentritt, die Verwirrung immer größer werden wird und vielleicht der Entente einen lebensgefährlichen Schlag eindringen wird.

Die Times schreibt in einem Leitartikel:

Wir hören, daß die Franzosen nicht unbedingt gegen den baldigen Zusammentritt des Obersten Rates sind, wenn die Regierung der unverzüglichen Absendung von Verstärkungen in das Abstimmungsgebiet zustimmt. Die „unverschämte Antwort" auf die französische Note ist geeignet, die französische Stellung zu stärken.

Der diplomatische Berichterstatter des Daily Chronicle schreibt:

Es ist so gut wie sicher, daß vor dem Zusammentritt des Obersten Rates keine weiteren britischen Truppen nach dem besetzten Gebiet entsandt werden. Man hofft, daß keine derartige Aktion durch Frankreich unternommen wird, bis die Alliierten sich im obersten Rat geeinigt haben.

London, 25. Juli. (Telegr.) Der Parlamentsberichterstatter des Daily Expreß will erfahren haben, daß eine neue Mitteilung der britischen Regierung an Frankreich über Oberschlesien unterwegs ist. Die englische Regierung bleibe bei ihrem ursprünglichen Standpunkt. Großbritannien werde vorschlagen, in der nächsten Woche eine Zusammenkunft des Obersten Rates abzuhalten. Lloyd George sei bereit, nach Paris zu gehen. Die englische Regierung sei der Ansicht, daß Briand die Gefahr in Oberschlesien überschätze, gesetzt aber, die französischen Befürchtungen wären begründet, so ist die englische Regierung dafür, daß die Gefahr am besten durch eine gemeinsame Aktion durch den Obersten Rat beseitigt werden würde.

London, 25. Juli. (Telegr.) Pariser Meldungen deuten an, Frankreich willige darein, daß die Konferenz des Obersten Rates in der Mitte der ersten Augustwoche stattfinde, und verzichte auf den Ausschuß von Sachverständigen, wofern England die Sendung von Verstärkungen in Berlin unterstütze. Die Times erfährt aus Paris, Sir Harold Stuart sei zu schleuniger Berichterstattung nach London berufen worden. Daily Telegraph und Daily Chronicle erkennen an, daß der Standpunkt Dr. Rosens, wonach die Durchreise von Truppen nur bei einem gemeinsamen Verlangen der Verbandsmächte gestattet werden könne, angemessen sei. Der Daily Telegraph führt aus, daß die Wiesbadener Verhandlung sowohl in London wie in Brüssel in Rom Mißtrauen geweckt hätten, zumal weder Loucheur noch das französische Auswärtige Amt bisher einen ausreichenden Bericht von den Verhandlungen überreicht hätten. Zweifellos seien wesentliche Änderungen des Londoner Abkommens besprochen worden was die Verkaufsabgaben und die Mobilisierung der deutschen Schuldscheine angeht. England halte dafür, daß dies nützlicher auf einer Verbandskonferenz hätte geschehen können. England sei auch der Ansicht, daß die rheinischen Sanktionen nicht benutzt werden dürften um einer einzelnen Verbandsmacht wirtschaftliche Sondervorteile zu verschaffen. Loucheurs Plan einer riesigen deutsch-französischen Wirtschaftsgemeinschaft sei übrigens auf der Londoner Konferenz zurückgewiesen worden.

Eine neutrale Stimme.

WTB **Bern**, 23. Juli. (Telegr.) Die Züricher Zeitung schildert in einem Briefe aus Oppeln eingehend die Verhältnisse in Oberschlesien. Der Berichterstatter des Blattes bemerkt eingangs, daß seine Darstellungen sich auf eigne Wahrnehmungen und Mitteilungen durch englische und italienische Offiziere und Beamte stützen. Er spricht unumwunden von der Vorherrschaft der Franzosen in der Interalliierten Kommission und fährt fort:

Frankreich ist die einzige Verbandsmacht, welche an dem oberschlesischen Problem geradezu brennend interessiert ist. Die Franzosen haben die Polizeigewalt praktisch vollkommen in der Hand. Außerdem fielen den Franzosen viele Posten von einigermaßen großer Bedeutung zu. Die Engländer und Italiener verhalten sich daher den Franzosen gegenüber zurückhaltend; sie verbleiben oft nur deshalb in ihren Ämtern, weil sie doch zuweilen der Neutralität und Gerechtigkeit dienen können. Ihre Beziehungen zu den Franzosen sind seit dem dritten polnischen Aufstande besonders getrübt. Ferner liegt die Sicherung der Absperrung der polnischen Grenzen in den Händen der Franzosen. Ein neuer polnischer Aufstand wird erst dann unmöglich sein, wenn es General Henniker gelingt, die Sicherung der Ostgrenze des Abstimmungsgebiets durch englische Truppen vornehmen zu lassen, die dann die von Frankreich unterstützte militärische Verbindung zwischen Kongreßpolen und den oberschlesischen Aufrührern unterbinden würden. Die Franzosen widersetzen sich diesem Truppenaustausch an der polnischen Grenze mit allen Kräften. Die Verstärkung der englischen Besatzung in Beuthen nach dem bekannten Zwischenfall geschah gegen den Willen der Franzosen. Letzten Endes scheint das französische Verlangen nach Entsendung neuer französischer Truppen dadurch hervorgerufen zu sein, daß den Franzosen die dort ziemlich zahlreich anwesenden Engländer unbequem sind. Von Ausschreitungen der Aufrührer hört man jetzt nur noch aus dem Gebiete, das von Franzosen besetzt ist. Bei der Frage der Verteilung der Truppen hat der französische General Gratier die Entscheidung zu treffen, dessen chauvinistische Rede bei der Beerdigung des Majors Montalègre unter den anwesenden Verbandsoffizieren großes Befremden hervorgerufen hat. Unter normalen Verhältnissen hätte diese Rede zweifellos den Rücktritt des Generals zur Folge gehabt. Trotz der Bestimmung, daß keine Aufrührer den neuen Gemeindewachen eingereiht werden dürfen, kann man es allerorten beobachten, daß viele Aufrührer als Gemeindewachen aufgenommen wurden. Die Sicherheitsverhältnisse sind daher ganz erbärmlich. Über die innern Vorgänge der Interalliierten Kommission werden die Polen häufig von den Franzosen drahtlich unterrichtet.

Der Berichterstatter spricht schließlich mit Entrüstung von der Verzerrung und Verunstaltung des Selbstbestimmungsrechts Oberschlesiens und von den Mitteln der Gewalt und des doppelten Spiels, die dabei unter Zustimmung der Franzosen von den Polen noch heute in Oberschlesien angewandt werden.

Die Schäden der Industrie.

WTB **Berlin**, 23. Juli. (Telegr.) Nach einer Aufstellung des Berg- und Hüttenmännischen Vereins über die durch den letzten Aufstand in Oberschlesien hervorgerufenen Schäden an den industriellen Werken beträgt die jetzige Kohlenförderung nur 50 v. H. der Förderung vor dem Aufstande. Da der eigne Leistungsverbrauch der oberschlesischen Industrie 20 v. H. der Gesamtförderung beträgt, so stehen für die Ausfuhr nur 30 v. H. zur Verfügung. Noch mehr als die Kohlenzechen haben die Hüttenbetriebe durch den Aufstand gelitten. Völlig danieder lag die Verfeinerungsindustrie, die wegen der Vertreibung der geschulten deutschen Arbeiter und des Rohstoffmangels völlig beschäftigungslos war. Eine endgültige Feststellung der gesamten Verluste, die die Industrie in Oberschlesien während des Aufstandes erlitten hat, ist wegen des riesigen Umfangs sowohl der unmittelbaren Schäden, die durch Plünderung, Zerstörung usw. verursacht worden sind, als auch der mittelbaren, die auf Rohstoffmangel und fehlende Absatzmöglichkeit zurückzuführen sind, noch nicht möglich gewesen.

An die Leser.

Die Leser der Kölner Zeitungen haben aus den Angaben ihrer Blätter, die am Montag Morgen erschienen sind, entnehmen können, daß die Kölner Buchdruckereibesitzer in einer Versammlung am Sonntag an ihrer Forderung einer Lohnerhöhung von hundert Mark wöchentlich festgehalten und den Gehilfenvertretern am Montagmorgen erklärt haben, daß sie im Falle der Ablehnung die Arbeitsstätten am selben Morgen um elf Uhr verlassen würden. Auf diese Forderung der Kölner Gehilfenschaft, die also mit einer Ankündigung der Arbeitsniederlegung verbunden war, haben die Kölner Prinzipale erklärt, daß sie mit Rücksicht auf die schwebenden Tarifverhandlungen in Leipzig heute nicht in der Lage seien, eine Antwort zu erteilen; sie stellten fest, daß es sich um einen Tarifbruch seitens der Gehilfen handle und daß sie sich vorbehalten müßten, die sich ergebenden Folgerungen zu ziehen.

Damit ist also der Kampf im Kölner Buchdruckgewerbe ausgebrochen. Wir enthalten uns zunächst jeder Stellungnahme und jedes Urteils, um die Möglichkeit neuer Verhandlungen und eines Ausgleichs der Gegensätze nicht zu erschweren. Im Interesse der Allgemeinheit haben sich die Kölner Zeitungen entschlossen, für die Dauer des Ausstandes ein Nachrichtenblatt herauszugeben, das den Beziehern und Lesern der bestreikten Kölner Blätter die Möglichkeit geben soll, sich objektiv über die Ereignisse zu orientieren. Dieses Blatt soll alles berichten, was der Zeitungsleser in seinem Blatt lesen muß. Wenn in der ersten Übergangszeit noch Mängel bemerkbar sind, wenn der eine oder andere zunächst noch dieses oder jenes vermißt, so bitten die vereinigten Kölner Zeitungen ihre Leser und Bezieher, ihnen ihre schwierige Aufgabe durch Nachsicht leicht zu machen.

Nachrichtenblatt der Kölner Zeitungen

Herausgeber: Kölner Tageblatt, Kölnische Zeitung, Kölnische Volkszeitung, Mülheimer Zeitung, Rheinische Volkswacht, Stadt-Anzeiger zur Kölnischen Zeitung.

Tschechei.

Annäherung an Polen.

Prag, 23. Juli. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Die Tribuna erfährt aus polnischer Quelle, daß an den Verhandlungen des Kleinen Verbands in Marienbad, die von den leitenden Staatsmännern Benesch, Paschitsch und Take Jonescu geführt werden sollen, auch der polnische Gesandte in Prag, Plitz, teilnehmen werde. Anderseits ist der tschechische Handelsminister Dr. Hotowetz nach Warschau gereist, wo er an der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Polen und der Tschechei arbeitet. Hotowetz empfing polnische Journalisten und betonte dabei die Notwendigkeit der tschechisch-polnischen Zusammenarbeit „insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet", wie es in dem Bericht des Regierungsblattes Prager Presse heißt. Hotowetz stellte fest, daß in den Besprechungen mit Witos, Skirmunt und den polnischen Ministern für Handel und Finanzen grundsätzliche Einigung erzielt worden sei. Man wird zwei gemeinsame Kommissionen bilden, eine Handelskommission in Warschau, eine Finanzkommission in Prag. Die Tschechei könne Polen die notwendigen landwirtschaftlichen Maschinen liefern, Polen dagegen besitze gewaltigen Mineralreichtum, besonders Kohle und Petroleum, die für die moderne Industrie sehr wichtig seien. Bei einem Festmahl für Hotowetz wurden die üblichen Reden gehalten, das tschecho-polnische Einvernehmen als Grundlage der positiven Organisation Mittel- und Osteuropas gepriesen und die tschecho-polnische Freundschaft betont.

Die Industriekrise.

Prag, 23. Juli. (Telegr.) Das Blatt der tschechischen Sozialdemokratie Právo Lidu befaßt sich im Leitartikel mit der Industriekrise und der Arbeitslosigkeit. Namentlich bedroht sei die Metallindustrie. In den Waggonfabriken in Nesselsdorf und Smichow sei die Arbeitszeit herabgesetzt und ein Teil der Arbeiter entlassen worden. Der Staat habe die Pflicht, Bestellungen zu machen. Es sei keine scharfsinnige Wirtschaftspolitik, wenn das Eisenbahnministerium vorgebe, keine Mittel zu haben. Ähnlich schlimm stehe es um die Eisenindustrie. In den Betrieben der Prager Eisenindustriegesellschaft Königshof und Beraun stehen alle Hochöfen still. Seit Neujahr wurden 500 Arbeiter entlassen, die Erzeugung im Stahlwerk eingestellt. In den übrigen Abteilungen wird nur monatlich gearbeitet. In den Eisenwerken in 12 bis 14 Schichten in Kladno arbeitet nur ein Hochofen, Arbeiter wurden entlassen, die Arbeitszeit verringert. Ähnlich ist es in Witkowitz und Ostrawitz, Brünn und Olmütz und in der Slowakei. Die Industrie müsse schleunigst Arbeit erhalten.

Prag, 23. Juli. (Telegr.) Narodni Listy berichtet aus Preßburg: Vor einigen Tagen wurde ein Jachtboot bemerkt, das unterhalb Parkany vom tschechischen zum ungarischen Ufer manövrierte. Da es die reichsdeutsche Flagge führte, wurde es als verdächtig von der tschechischen Grenzwache angehalten. Sein Insasse war ein reichsdeutscher Offizier mit einem stenographischen Tagebuch, worin die Ereignisse der Republik kommentiert waren, ferner Karten und Aufzeichnungen über Städte an der Donau. Der Offizier erklärte, er wollte von Regensburg nach Budapest fahren. Man brachte ihn nach Preßburg.

Deutschland.

Zu dem Fall Frauendorfer.

München, 23. Juli. (Telegr.)

Der Polizeibericht meldet: „Der Staatssekretär der Zweigstelle München des Reichsverkehrsministeriums, v. Frauendorfer, wurde heute vormittag 10 Uhr auf der ersten Bank der Isaranlage oberhalb Geiselgasteig mit einem Schuß durch die Schläfe tot aufgefunden. Es liegt unzweifelhaft Selbstmord vor. Ein Radfahrer, der zu dieser

Zeit an der Fundstelle vorbeifuhr, hörte einen Schuß und sah einen Mann auf der Bank umsinken. Die alsbald benachrichtigte Gendarmeriestation stellte aus den Papieren des Toten fest, daß es sich um Staatssekretär Frauendorfer handle. Der Name des Verstorbenen war in der letzten Zeit mit aufsehenerregenden Münzenfälschungen in Verbindung gebracht worden. Die seit Ende Juni von der Polizei gepflogenen Vernehmungen waren äußerst schwierig und mühselig, da zunächst jeder greifbare Anhaltspunkt für eine Beteiligung Frauendorfers an diesen Fälschungen fehlte. Es konnte nur festgestellt werden, daß Fälschungen von Münzen und Medaillen größern Umfangs vorlagen, und daß bei Auktionen zweier bekannten Münchner Firmen derartige Münzen als sehr wertvolle Originale zur Versteigerung gestellt worden sind. Ferner konnte dann ermittelt werden, daß diese gefälschten Münzen von Staatssekretär Frauendorfer zur Versteigerung übergeben worden waren. Als sich die Verdachtsgründe für die Schuld Frauendorfers genügend verdichtet hatten, wurde am 14. Juli die Sache von der Polizei der Staatsanwaltschaft unterbreitet, die zunächst einen Beschluß des Amtsgerichts München auf Vornahme einer Haussuchung und Beschlagnahme der aufgefundenen Gegenstände herbeiführte und die Vernehmung Frauendorfers durch die Polizeidirektion in der Wohnung des Beschuldigten anordnete. Am 20. Juli fand darauf ein mehrstündiges Verhör Frauendorfers statt. Dabei hat sich infolge unglaubwürdiger Angaben Frauendorfers der Verdacht der Fälschung noch verstärkt, aber trotzdem waren die Voraussetzungen für eine Festnahme noch nicht gegeben, zumal auch Fluchtverdacht nicht vorzuliegen schien, und nach der Sachlage, wie sie sich aus der Vernehmung und der Haussuchung ergab, auch eine Verdunklungsgefahr in diesem Zeitpunkt nicht bestand. Die weitern Erhebungen brachten dann so viele belastende Tatsachen, daß eine neuerliche Vernehmung Frauendorfers beim Amt selbst notwendig erschien. Zu diesem Zweck sollte ein Verhör von der Polizei am 22. Juli vormittags erfolgen. Die hiermit beauftragten Beamten trafen Frauendorfer nicht mehr in seiner Wohnung an und erfuhren, daß er kurz vorher ohne Angabe, wohin, mit Hut und Stock ausgegangen sei. Die Wohnung wurde nunmehr überwacht und auch festgestellt, daß Frauendorfer seine spätere Rückkehr telephonisch angesagt hatte. Bis abends 6 Uhr war Frauendorfer nicht mehr in seine Wohnung zurückgekehrt. Da denn an diesem Tage eine Vernehmung nicht mehr erfolgen konnte, wurden die Beamten heute früh mit der Vorführung neuerdings beauftragt. Frauendorfer war nicht mehr in seine Wohnung zurückgekehrt. Im Laufe des Vormittags traf dann auch die Meldung von seinem Selbstmord ein. Der Verstorbene hatte am Tage der Vernehmung seine Entlassung aus dem Staatsdienst erhalten."

Zu dem traurigen Ende eines Mannes, der zeitlebens als ein überaus fleißiger, hochbegabter und pflichttreuer Beamter gegolten hat, schreibt die Augsburger Abendzeitung: „Einer unsrer Mitarbeiter, der erst vor wenigen Tagen Herrn v. Frauendorfer zu sprechen Gelegenheit hatte, wobei auch ganz kurz die Gerüchte erwähnt wurden, teilt uns mit, daß Herr v. Frauendorfer erwiderte: »Was will ich gegen die Gerüchte tun? Ich war zeitlebens ein anständiger Kerl.«" — Der Bayrische Kurier widmet der so schwer faßlichen und in ihrem innersten Wesen doch wohl noch unaufgeklärten Angelegenheit folgende Zeilen: „Herr v. Frauendorfer, ein anerkannter Münzenkenner, hatte Gelegenheit, Unika, die beispielsweise in Londoner Sammlungen sich befanden, zu nähern Studium und Gipsabgüssen ausgehändigt zu erhalten. Auf unerklärliche Weise sind davon Imitationen in echtem Metall, vom Original nicht zu unterscheiden, angefertigt worden und in die Frauendorfersche Sammlung geraten und sollten mit ihr auch zum Verkauf gestellt werden, nachdem sich der Besitzer veranlaßt sah, die Sammlung zu Geld zu machen. Wir hätten Herrn v. Frauendorfer, so scharf wir ihn seit langem bekämpften, einen andern Abgang gewünscht und gegönnt."

Die Stellung des Kabinetts Wirth.

Eine Rede des Reichsjustizministers Schiffer.

Remscheid, 25. Juli. (Telegr.) Reichsminister der Justiz Schiffer hielt am 23. Juli in Remscheid eine bemerkenswerte Rede über die politische Lage, in der er sich über die Stellung des Kabinetts Wirth folgendermaßen äußerte:

Der Reichskanzler hat vor einigen Tagen in einer Auseinandersetzung dargetan, daß der Sturz des Kabinetts drohe, wenn die Regierung in der Aufhebung der Sanktionen und in der oberschlesischen Frage mit leeren Händen vor den Reichstag treten müsse. Diese Erklärung ist teilweise so aufgefaßt worden, als wenn die Mitglieder seines Kabinetts für ihre Person nicht geneigt seien, die Verantwortung für die Führung der Geschäfte weiter zu tragen. Diese Auffassung wird den Verhältnissen nicht gerecht. Die Mächte des Verbandes müssen sich darüber klar sein, wenn sie über die Aufhebung der Sanktionen und die Zuteilung von Oberschlesien entscheiden, daß der Sturz des Kabinetts Wirth mehr bedeutet als einen bloßen Personenwechsel. Wenn dieses Kabinett von der Wucht der Ereignisse hinweggefegt wird, so wird es keine Regierung geben, die eine ordnungsmäßige Entwicklung möglich macht. Was soll dann kommen? Ein Kabinett der Rechten? Es wird in kurzer Zeit beseitigt sein. Ein Kabinett der Linken? Es würde dasselbe Schicksal haben. Die Auflösung des Reichstages? Sie würde eine Erstarkung der Rechts- und Linksparteien und eine Zerrüttung der Mitte bringen. Wir hätten das Chaos; es wäre keine Mehrheit da, die die ruhige Entwicklung und den friedlichen wirtschaftlichen Wiederaufbau gewährleistet. Darum hängt von dem Schicksal des Kabinetts Wirth das Schicksal Deutschlands ab, nicht um der Männer willen, sondern um der Art der Zusammensetzung willen; und es hängt — darüber kann kein Zweifel sein — weiter das Schicksal Europas, das Schicksal der Welt davon ab. Aus scheinbar kleinen Dingen würden große, gewaltige, furchtbar vernichtende Folgen entstehen.

Ich weiß wohl, daß bei den Mitgliedern des Verbandes vielfach andere Auffassungen herrschen, daß man uns viel größere Leistungen zutraut, als wir selbst für möglich halten. Wir haben keine Veranlassung, auf dieses, für uns zweifelhafte Vertrauen stolz zu sein; denn es kann verhängnisvoll für uns werden. Unsere scheinbare wirtschaftliche Blüte beruht auf unserer fallenden Valuta, und der Zusammenbruch, der danach erfolgen kann, würde furchtbarer und plötzlicher eintreten als der Zusammenbruch vor drei Jahren, der nicht nur uns, sondern auch den Feinden ganz überraschend kam, die nicht glauben konnten, daß das siegreiche Deutschland so vollkommen zur Erde sank. Genau dasselbe kann sich wieder ereignen. Ganz plötzlich kann das in drei Jahren mühsam aufgerichtete Gebäude zusammenbrechen und das Reich unter seinen Trümmern begraben und mit diesem Reich wird das wirtschaftliche Leben Europas vernichtet.

So furchtbar ernst ist die Situation. So hängen von der Entscheidung über Oberschlesien das Schicksal Deutschlands und die Daseinsbedingungen der ganzen Welt ab.

Noch aber brauchen wir nicht an der Möglichkeit zu verzweifeln, daß Gerechtigkeit und Vernunft siegen. Noch dürfen wir hoffen, daß der gute Geist den Sieg erringen wird, nicht um unseretwillen, sondern um der [illegible]

Gegen die „Sanktionen".

X **Koblenz**, 23. Juli. (Telegr.) Der Finanzausschuß, der Bauausschuß und der Ausschuß für Erwerbslosenfürsorge erklärten nach einer gemeinsamen Sitzung, daß die augenblicklich bestehende beträchtliche Erwerbslosigkeit in Koblenz zum allergrößten Teil auf die Fortdauer der „Sanktionen" zurückzuführen sei. Trotz der verhältnismäßig geringen örtlichen Industrie machten sich auch die Hemmungen des Wirtschaftslebens empfindlich geltend. Es sei im Frühjahr mit Bestimmtheit darauf zu rechnen gewesen, daß im Laufe des Sommers reichlichere Gelegenheit zur Arbeit gefunden werden könne und Erwerbslosenfürsorge nicht mehr gezahlt zu werden brauche. Statt dessen mache sich die Arbeitslosigkeit auf allen Gebieten auch jetzt bemerkbar. Wenn also jene Voraussetzungen nicht eingetreten seien, könne die Erklärung dafür nur in der Fortdauer der „Sanktionen" gefunden werden. Die Ausschüsse erhoben Einspruch gegen ihre Fortdauer.

Milchkrieg in Rheinhessen.

⊙ **Mainz**, 22. Juli. Infolge der schon kurz gemeldeten Einstellung der Belieferung der Stadt Mainz mit Milch durch die in der Vereinigten freien rheinhessischen Bauernschaft zusammengeschlossenen Landwirte ist der Milchkrieg in aller Form da. Die Landwirte beharren auf einem Literpreis von 3 Mark vom Stall ab, während bisher die Städte des ganzen Bezirks nach einem gemeinsamen Beschluß 2,20 Mark zahlten und darüber auch nicht hinausgehen wollen, weil schon zu diesem Preis die Kaufkraft vieler Verbraucher überstiegen ist, und die Milch nicht mehr gekauft wird. Die Landwirte ihrerseits begründen ihre Forderung mit der infolge der Trockenheit und Hitze wachsenden Futternot, die zum Abschlachten des Viehbestandes zwinge. Um hier ein Einreißen zu großer Lücken zu verhüten, beanspruchten die Landwirte wenigstens einen Milchpreis, der einigermaßen die Selbstkosten decke, damit sie ihr Vieh halten könnten. Die Landwirte bezeichnen ihr Vorgehen aus diesem Grund als von höhern Gesichtspunkten diktiert, weil sie auf diesem Wege verhüten wollen, daß die städtische Bevölkerung in den kommenden Monaten durch einen verringerten Viehbestand in eine Zeit knapper Fleischversorgung mit hohen Preisen gerät. Die Stadtverwaltung ihrerseits teilt mit, daß sie auf einem Milchpreis von 2,20 Mark beharren wird, und daß sie in der Lage ist, aus den Milcherträgnissen der eignen Güter den Bedarf für Kinder unter zwei Jahren und für Schwerkranke zu decken. Die Einstellung der Milchlieferung hat auch andre rheinhessische Städte getroffen. So ist die angelieferte Menge in Bingen von 1400 Litern täglich auf 474 Liter innerhalb zweier Tage zurückgegangen. Eine ganze Reihe von Gemeinden liefert keinen Tropfen mehr dorthin ab, nur Gaubickelheim macht eine rühmliche Ausnahme und hat die bisherige Tagesleistung von 160 Litern aufrechterhalten. Da bei Bingen die Gefahr eines ungesetzlichen Verkaufs der Milch nach den Bädern Kreuznach und Münster a. St. besteht, hat Bingen entsprechende Überwachungsmaßregeln getroffen.

X **Dresden**, 23. Juli. (Telegr.) In der Amtshauptmannschaft Oschatz in Sachsen ist ein wilder Streik der Landarbeiter ausgebrochen, der allerdings noch nicht einheitlich ist. Die Landarbeiter fordern, trotzdem der geltende Tarif noch nicht abgelaufen ist, eine fünfzigprozentige Lohnerhöhung. — Infolge der anhaltenden Trockenheit hat der Elbspiegel beinahe den niedrigsten Stand erreicht, der im Laufe der letzten Jahrzehnte gemessen wurde. Infolgedessen ist die Schiffahrt sehr schwierig geworden. Auf der obern Elbe zwischen Leitmeritz und Bodenbach hat die Personenschiffahrt schon eingestellt werden müssen. Weiter unterhalb wird sie noch mit großer Mühe aufrechterhalten. — Am 31. Juli werden die vereinigten Sozialisten in Dresden eine gemeinsame Kundgebung unter dem Programm: Nie wieder Krieg! Gegen Reaktion und Brotverteurung! veranstalten. Sie wollen sich gegen die Treibereien der national-chauvinistischen Kreise zusammenfinden. Da ein Anlaß in der innern Politik Sachsens zu einer solchen Kundgebung fehlt, so scheint die Kundgebung nur aus Agitationsbedürfnis abgehalten werden zu sollen. — Am 28. und 29. Juli findet in Dresden der Internationale Esperanto-Vorkongreß statt. Die ersten ausländischen Esperantisten sind bereits in Dresden eingetroffen.

✡ **Wien**, 23. Juli. (Telegr. unsers eignen Berichterstatters.) Es werden Verhandlungen zwischen Deutschland und Österreich geführt über die Aufhebung des Paßzwangs.

Der deutsche Geschäftsträger in Peking.

Berlin, 25. Juli. (Telegr.) Die Ernennung des Staatssekretärs im auswärtigen Amt Dr. Boye, der bisher das Referat für Wirtschaftsfragen leitete zum Geschäftsträger in Peking ist nunmehr vollzogen worden.

Justizminister a. D. Dr. v. Beseler.

Berlin 25. Juli. (Telegr.) Am gestrigen Sonntag ist in Berlin der frühere preußische Justizminister Dr. jur. Max v. Beseler nach langer Krankheit im 80. Lebensjahre gestorben.

Der Verblichene wurde am 22. September 1841 in Rostock als Sohn des berühmten Germanisten Dr. Georg v. Beseler, langjährigen Lehrers des deutschen Rechts an der Universität zu Berlin, geboren. — Im Rheinland war er tätig vom 7. August 1882 bis zum 1. Juli 1885 als Landgerichtsdirektor in Saarbrücken und von da ab bis zum 10. März 1888 als Landgerichtsdirektor in Düsseldorf. Später war er Oberlandesgerichtspräsident in Kiel und darauf in Breslau. Am 20. November 1905 wurde er zum Justizminister und einen Monat später auch zum Kronsyndikus bestellt. Bei der Neuordnung in den Reichsämtern und den preußischen Ministerien im August 1917 trat er von seinem Posten zurück, dabei wurde ihm der Schwarze Adlerorden verliehen. Sein Nachfolger wurde bekanntlich Dr. Spahn. Der Verstorbene war ein Bruder des Eroberers von Antwerpen und späteren Generalgouverneurs in Warschau v. Beseler.

Der türkisch-griechische Krieg.

Die Annahme, daß das griechische Heer unter König Konstantin versuchen würde, durch möglichst beschleunigten Vormarsch die Sammlung des Gegners zu verhindern, hat sich bewahrheitet. Dank dem schnellen Erscheinen der Griechen an der Linie der anatolischen Bahn, von Biledschik bis Afion-Karahissar, ist den Anatoliern ein Widerstand ihrer Hauptmassen in vorbereiteter Stellung westlich der Bahn unmöglich gemacht worden. Das schnelle Aufgeben der Stellungen bei Kutahia und namentlich bei Eskischehr, das am 19. Juli von der 10. griechischen Division besetzt wurde, gehörte jedenfalls nicht in den türkischen Feldzugsplan. Bei dem Fehlen neuester türkischer Nachrichten und bei der Spärlichkeit der griechischen Meldungen können wir uns noch kein Bild der Vorgänge um Eskischehr herum machen. Da keine andre griechische Division erwähnt wird, so ist die Annahme gestattet, daß die Hauptkräfte der Griechen bereits auf dem Vormarsch gegen Angora sind, und zwar südlich der Bahnstrecke Eskischehr-Angora in der Richtung Sejidi Ghazi-Siwrihissar ein bisher von dem Kriege unberührtes ausschließlich von Mohammedanern bewohntes ziemlich unbekanntes Gebiet. Der nördlichen Gruppe der Griechen, den von Brussa gekommenen Divisionen, bliebe dann das Tal des Pursak, in dem die Bahn nach Angora läuft, als Operationsgebiet. Dank der Aufhebung des Verbotes der Waffenausfuhr aus den Verbandsländern nach Griechenland ist das griechische Heer mit modernen Kampfmitteln wahrscheinlich besser versehen als die Anatolier. Die Türken werden wissen, was sie ihren westlichen Freunden zu danken haben, auch denen, die sie mit freundlichen Phrasen füttern und keinen Finger rühren, um die Phrasen durch eine freundliche nützliche Tat wertvoll zu machen. Von Eskischehir bis Angora sind noch über 200 km zurückzulegen. Dank den Bahnen von der Küste bis Afionkarahissar ist der Nachschub für die Griechen bis dorthin nicht schwer; die Schwierigkeiten steigern sich weiter im Innern in sehr steiler Kurve. Der türkische Igel wird sich wieder zusammenrollen und die Dinge abwarten; an eine Kapitulation denkt man in Angora weniger denn je.

Paris, 23. Juli. (Telegr.) Das hiesige türkische Pressebureau veröffentlicht eine Note, in der die Athener Nachricht, daß Kiazim Kara Bekir Pascha mit 30 000 Mann gefangen genommen sein soll, für falsch erklärt wird. Dieser sei der Führer einer Division im Kaukasus und befinde sich nicht an der griechischen Front. Die Zahl der gegenwärtig mit den Griechen in Gefechtsfühlung stehenden türkischen Truppen betrüge nicht mehr als 50 000 Mann. Wo der Rest der Armee zusammengezogen sei, sei nicht bekannt. Ebenso werden die Nachrichten von einem Aufstande gegen die Kemalisten in Angora als unrichtig bezeichnet.

London, 25. Juli. (Telegr.) Nach einem Athener Telegramm sind alle griechischen Kriegsberichterstatter darin einig, daß der Feldzug gegen die Kemalisten sich tatsächlich seinem Ende zuneige. König Konstantin kam gestern abend in Kutahia an. Nach anderen Frontnachrichten leisten die Reste der türkischen Armee in Eskischah und Kutahia keinerlei Widerstand.

Konstantinopel, 25. Juli. (Telegr.) Das türkische Kabinett trat gestern zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen, um die Frage zu prüfen, ob eine Vermittlung der Verbandsmächte nachgesucht werden soll, damit die Feindseligkeiten in Anatolien beendet würden. Am Schluß des Ministerrats begab sich der Großwesir zum Sultan, mit dem er eine lange Unterredung hatte.

Paris, 25. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Ismid setzen die Türken ihren siegreichen Angriff auf Biledshik Jeni Schehir und Inhissar fort. Die türkischen Truppen sollen Afium Kara Hissar und Tulu Bunar bereits besetzt haben. Nach einer weiteren Havasmeldung aus Konstantinopel berichtet der Korrespondent des tuerkischen Blattes Vakit, auch die Einnahme von Uschak durch die Türken Ferner soll dem amtlichen Bericht von Angora zufolge Fehie Hamidieh von den Türken genommen sein, die auf Ivgoel vormaschieren.

Spanien.

Die Kämpfe in Marokko.

Paris, 25. Juli (Telegr.) Französische Blätter melden aus Madrid: General Silvestre, der die spanischen Truppen in Melilla befehligte, ist tatsächlich aus eigenem Entschluß in den Tod gegangen. Der General eilte der bedrängten spanischen Abteilung bei Igeriben zu Hilfe. Starke eingeborene Streitkräfte traten ihm in den Weg. Deshalb befahl der General der bedrängten Abteilung, sich nach Anual zurückzuziehen. Dieser Rückzug gestaltete sich sehr verlustreich. General Silvestre konnte unter großen Opfern nach Anual gelangen. Diese Stellung wurde bald von den Eingeborenen umzingelt. Dem General wurden alle Verbindungen abgeschnitten. Als die Munition ausging, gab General Silvestre Befehl, die Stellung zu räumen; er selbst blieb dort, bis der letzte Mann den Platz verlassen hatte. Hier wollte er allein zurückbleiben, sein Generalstab lehnte aber ab, ihn zu verlassen. Bald darauf fand man den General und seine Stabsoffiziere als Leichen; offenbar hatten sie den Tod der Gefangennahme vorgezogen. Die Verluste der Spanier sind schwer. Kurz vor seinem Tode hatte General Silvestre in einem Telegramm nach Melilla den Tod von Abdul Krim, einem früheren Offizier der Eingeborenenpolizei und jetzigen Haupt der Aufrührer, gemeldet. Die Abteilung Silvestre setzt ihren Rückzug fort. General Berenguer ist zur Verteidigung des Gebietes von Melilla dort eingetroffen. Vier Truppentransportschiffe kamen vor Melilla an, drei weitere werden stündlich erwartet Der spanische Ministerrat tagt im königlichen Palaste in Permanenz.

Rußland.

Kopenhagen, 25. Juli. (Telegr.) Nach einem Telegramm aus Reval hielten die Volkskommissare der Räterepublik vor einigen Tagen in Moskau eine Sitzung ab, in der die gegenwärtige Notlage erörtert wurde. Kamenew hielt eine längere Rede und erklärte:

Wir können weder für die 25 Millionen Menschen, die jetzt unter der Hungersnot leiden, noch für die 140 000 Arbeiter in Moskau Lebensmittel beschaffen. Wenn wir dagegen für unsre kommunistischen Bataillone den Lebensunterhalt sichern und einige größere Firmen mit nur 20 000 Arbeitern in Gang setzen, für die wir die Lebensmittelversorgung sichern, dann werden wir imstande sein, jeden Aufruhr niederzuschlagen.

Als diese Rede in Petersburg bekannt wurde, brach unter den dortigen Arbeitern ein allgemeiner Aufruhr aus. Die Sozialdemokraten veröffentlichen einen Aufruhr, worin die Arbeiter zu den Waffen gerufen werden. In dem Aufruhr wird erklärt, es nütze nichts, nur Brot zu verlangen, es sei an der Zeit, wieder die Vernunft zu gebrauchen und das Rätesystem zu stürzen. Auf diesen Aufruf hat die Räteregierung mit der Erklärung des Belagerungszustandes in Petersburg geantwortet. Die bolschewikischen Regierungskreise sind überaus beunruhigt.

Tagung des Obersten Rats?

Paris, 25. Juli. (Telegr.) Der Temps schreibt in seinem heutigen Leitartikel, die französische Regierung sei damit einverstanden, daß der Oberste Rat am 4. August zusammentrete, um die oberschlesische Frage zu prüfen.

Städtisches

Zur städtischen Besoldungsordnung.

Am Donnerstag soll die Reform der Besoldungsordnung von der Stadt erledigt werden. Besonders werden sich diejenigen freuen, welche nach dem neuen Entwurf besser gestellt sein werden als bisher, zumal sie erwarten daß ihnen die Differenz zwischen dem bisherigen Gehalt und dem nunmehr vorgesehenen nachgezahlt wird. Aber es ist nicht zu leugnen: auch die Reform weist Härten für einzelne Gruppen auf, die nicht nur von den Betroffenen empfunden, sondern auch von den berufenen Vertretern der Beamtenschaft als Härten anerkannt werden. Es wäre unrecht, deswegen die Reform irgendwie zu gefährden, ja sie auch nur um eine Woche zu vertagen. Anderseits aber werden sich auch bei verständiger Würdigung der Gründe einzelne Beschwerdeführer nicht bei der Entscheidung der Kommissionen beruhigen können; für diese muß ein Weg gefunden werden, welcher zur Beseitigung von Härten führen kann. Dafür soll nicht der ganze Apparat, Verwaltung, Stadtverordnetenkollegium, Beamtenausschuß Kommissionen usw. aufgeboten werden. Dagegen dürfte der Gedanke, ein städtischerseits gebildetes Schiedsgericht mit kontradiktorischem Verfahren unter Zuziehung der Beschwerdeführer einerseits und Verwaltung und Stadtverordneten anderseits einzusetzen, recht wohl der Beachtung wert sein. Deshalb sei der dringende Wunsch ausgesprochen, daß die Stadtverordneten am Donnerstag den Entwurf nicht verabschieden, ohne den angedeuteten Weg offen zu lassen. Es wird sich nur um wenige Fälle handeln. Auch würde man nur einer Praxis folgen, die sonst bei Streitigkeiten über Gehaltsfragen üblich geworden ist und schon viel zum sozialen Frieden beigetragen hat.

Der Unfug des Spielens mit großen und kleinen Bällen auf öffentlichen Straßen und Plätzen nimmt immer mehr zu. Rücksicht auf Menschen und Fensterscheiben wird, wie aus dem Rathause geschrieben wird, überhaupt nicht mehr genommen. Anliegende Gärten werden beim häufigen Suchen nach den Bällen wüst zertreten. Das gilt insbesondere auch von den an öffentlichen Spielplätze grenzenden Gärten. Die Schulverwaltung hat deshalb angeordnet, daß in allen Klassen nachdrücklich vor dem um sich greifenden Unfug gewarnt wird, damit nicht die Polizei genötigt ist, schließlich mit empfindlichen Geldstrafen abschreckend vorzugehen.

Im Museum für Naturkunde (Stapelhaus) ist im Obergeschoß eine Strandsammlung von der Küste der Nord- und Ostsee ausgestellt, die für diejenigen, die ihren Urlaub in einem Seebade zubringen wollen, nützlich sein dürfte. Vielleicht kann der eine oder andere auch durch Überweisung von Funden zur Erweiterung der Sammlung beitragen.

Zur Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe.

Berlin, 25. Juli. (Telegr.) Durch erneute Verhandlungen unter dem Vorsitz des Regierungsrates Dr. Brahm vom Reichsarbeitsministerium ist eine Einigung für das Buchdruckgewerbe erzielt worden. — Die Einigung erstreckt sich vorerst noch nicht auf das außertarifliche Vorgehen der Kölner Buchdrucker. Man wird weitere Verhandlungen abwarten müssen.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börsenkurse vom 25. Juli: 5% Reichsanleihe 77,50, 4% desgl. 79,30, 3½% desgl. 69,50, 3% desgl. 76,10, Sparprämienanleihe 80,10, 3% preuss. Konsols 55,60, 4% Kölner Stadtanleihe 1900/06 93,10, 4% desgl. 1912 92,90, Adlerwerke 282, A.-G. für Anilin 339,50, Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft 315, Arenberg 1135, Augsburg-Nürnberger 725, Badische Anilin 403, Basalt A.-G. 465, Bergmann 318,50, Berzelius 489, Buderus 588,50, Daimler 255, Deutsch Luxemburg 383, Dürkopp 520, Elberfelder Farben 350, Felten & Guilleaume 534,50, Gasmotoren Deutz 400, Gebhard & Co. 440, Gelsenkirchener Bergwerk 399,75, Gelsenkirchener Gussstahl 522. Gerresheimer Glas 746, Th. Goldschmidt 733, Hammersen 530, Harpener 623, Höchster Farben 340, Hoesch 900, Hohenlohewerke 235. Hubertus 630, Humboldt 415, Kali Aschersleben 385, Kalker Maschinen 728, Köln-Neuessen 820, Köln-Rottweiler 336, Köln Gas und Elektrizität 180, Kronprinz Metall 1038, Lindenberg Stahl 625, Mannesmann 670,50, Meguin 490, Mülheimer Bergwerk 526, Oberschlesische Eisenbahnbedarf 315, Oberschlesische Caro 273, Oberschlesische Kokswerke 549, Orenstein & Koppel 625, Phönix 842, Rheinische Braunkohle 759, Rheinische Metallwaren 484, Rhein Nassau 881, Rheinische Stahlwerke 565, Rheinisch Westfälische Kalk 820, Rheinisch Westfälische Sprengstoff 281, Rheydt Elektrot. 512, Schiess 412, Schlossfabrik Schulte 845, Siegen Solinger 310, Stettiner Chamotte 574, Stoiberger Zink 640, Stollwerck 197,75, Telephon Berliner 480, Leonhard Tietz 177, Tuchfabrik Aachen 570, Ver. Ultramarin 364, Wegelin Russ 580, Ludw. Wessel 464, Westeregeln 579.50, Zellstoff Waldhof 548, Hamburg Amerika Linie 170⅝, Norddeutscher Lloyd 151, Barmer Bankverein 160,50, Berliner Handelsgesellschaft 218, Kommerzbank 201, Darmstädter Bank 170, Deutsche Bank 300, Disconto Kommandit 263, Dresdner Bank 214, Essener Kreditanstalt 190,25, Nationalbank 183, Rheinisch Westfälische Boden 114, Westdeutsche Boden 116, Schwabenbräu 390, Wicküler Küpper 352.

◔ **Westholsteinische Bank in Heide.** Die Verwaltung der Gewerbebank, E. G. m. b. H. in Wandsbek, beruft zum 28. Juli eine a. o. H.-V. ein, die über die Auflösung der Genossenschaft zur Verschmelzung mit der Westholsteinischen Bank Beschluß fassen soll.

△ **Vom Gerbstoffmarkt.** Die bessere Beschäftigung im Ledergroßgewerbe hatte entsprechend größern Verbrauch an Gerbextrakten zur Folge, und hierdurch konnten sich die Extraktfabriken hinreichend Aufträge sichern, um den Betrieb im bisherigen Umfang weiterzuführen. Daraus ergab sich stärkerer Bedarf an Gerbholz, von dem in inländischer Rohware Eiche und Edelkastanie gesucht waren. Die Gebote für Eichengerbholz waren aber oftmals so niedrig, daß sich der Handel vielfach zur Abgabe nicht entschließen konnte. Rückwirkung hatte dies insofern, als die Händler beim Einkauf meist sehr vorsichtige Haltung einnahmen. Das hinderte freilich nicht, daß durch anderweitigen Wettbewerb die Preise mitunter trotzdem in die Höhe getrieben wurden. Am Markt für Gerbrinden hielt die gute Nachfrage auch weiterhin an, und das stützte den Markt wesentlich. Die Lage ist heute derart, daß die Gerbereien zugreifen müssen, wenn sie späterhin nicht ganz ohne Ware sein wollen, nachdem sich jetzt zeigt, daß besonders in Fichtengerbrinde wegen der großen Trockenheit nicht im entfernten die gleichen Mengen wie im Vorjahr an den Markt kommen können. Nur so ist es auch zu verstehen, daß heute von den süddeutschen Forstverwaltungen für Fichtengerbrinde bis zu etwa 25 ℳ je Zentner frei Bahnwagen Abgangsstation erzielt werden, während vor noch nicht langer Zeit die Erlöse sich durchweg unter 20 ℳ je Zentner hielten. In den mittel- und norddeutschen Waldungen blieben übrigens die Erlöse hinter den in Süddeutschland zurück. Für Eichengerbrinde war der Markt auch weiterhin aufnahmefähig, und es wurden an den Markt gelegte Angebote mit nicht übertrieben hohen Forderungen meistens berücksichtigt. Bei letzten Abschlüssen sind für Eichenrinde zuweilen Preise von über 35 ℳ je Zentner frei Bahnwagen der süddeutschen Abgangsstation angelegt worden.

= **Vom Bremer Baumwollmarkt.** 22. Juli. Die zu Ende der Vorwoche eingetretene Geschäftsstille hat weiter angehalten. Es sind nur wenige kleine Pöstchen verkauft bzw. gekauft worden, so daß von einem eigentlichen Geschäft nicht gesprochen werden kann. Die Preise haben sich dabei mit geringen Schwankungen in New York behauptet, während sie in Liverpool für amerikanische Baumwolle und besonders in Alexandrien für ägyptische Baumwolle etwas niedriger geworden sind. Die Bremer Notierung hat sich mit der leichten Befestigung der Mark wieder etwas niedriger gestellt, schließt aber heute mit 22,80 ℳ, immerhin noch etwas höher als am Ende der Vorwoche. Im einzelnen lautete die Bremer Notierung (Tagesschlußnotierung) für amerikanische Baumwolle, full middling good color and staple loko am 15. Juli 22,30 ℳ, am 18. Juli 23,70 ℳ und am 21. Juli 22,90 ℳ. In New York erreichte amerikanische Baumwolle für Julilieferung mit 12,37c die höchste Bewertung während der Berichtswoche, lag aber damit nur 9 Punkte höher gegenüber der Schlußnotierung der Vorwoche. In Liverpool stellte sich der Preis für amerikanische Baumwolle für Julilieferung am 15. Juli auf 8,49c, am 19. Juli auf 8,42c und am 23. Juli auf 8,44c. Aegyptische Baumwolle für Julilieferung kostete in Alexandrien am 15. Juli 80,35, am 20. Juli 29,30 und am 21. Juli 28 Tallaris. Dem Bremer Markt wurden in der zu Ende gehenden Berichtswoche neu zugeführt 26 341 B. Baumwolle (gegen 47 228 B. in der Vorwoche; vom Bremer Markt wurden wieder ausgeführt 19 521 B. (30 541 B.). Der Bremer Baumwollvorrat stellte sich damit zu Ende der Berichtswoche auf 216 598 B. (209 778 B.).

= **Vom Bremer Wollmarkt.** 23. Juli. Das Geschäft lag in der jetzt ablaufenden Berichtswoche ruhig trotz besserer Nachrichten von der Londoner Wollauktion. Cape Snow White verkauften sich zu unveränderten Preisen. Für Kammlinge herrschte Frage, wobei sich die Preistendenz zu Verkäufers Gunsten stellte.

Städtisches

Die Milchnot in Köln.

Infolge der Dürre und Hitze ist die Milchzufuhr nach Köln auf knapp 50000 Liter täglich zurückgegangen. Davon kommen mehrere hundert, oft auch tausend und mehr Liter sauer an. Die Milchnot wurde weiter dadurch verschärft, daß eine Reihe Belieferer Kölns abgesprungen sind, weil sie die Milch nicht zum Preise von 2,55 Mk. hergeben wollen. Bei den letzten Verhandlungen erklärten die Landwirte, sie müßten wegen der Futternot ihr Vieh zum Schlachten verkaufen, wenn ihnen für die Milch nicht ein Preis bewilligt würde, der es ermöglichte, Kraftfutter zu kaufen. Die Bauern verlangen mindestens 3,30 Mk. für ein Liter Milch während die Vereinigung der Städte Rheinland-Westfalens 2,65 Mk. als ausreichend erachtet; die Stadt Köln will dazu noch 10 Pfg. Frachtaufschlag zahlen. Den Abmelkställen im Stadtbezirk Köln, die dieses Jahr über kein eignes Futter verfügen, und die das Vieh nur mit Kraftfutter nähren können, soll ein Preis von 3,30 Mk. gewährt werden unter der Bedingung, daß sie sich verpflichten, auch in den Monaten November bis Mai 70 v. H. des früheren Milchaufkommens an Köln zu liefern. Die Verhandlungen sind noch nicht beendet.

Aus der Angestellten-Bewegung. In einer Versammlung des deutschen Bankbeamten-Vereins Köln nahm man Stellung zu dem Vermittlungsvorschlage des Reichsarbeitsministers zu dem am 24. Juni gefällten Schiedsspruche zur Erneuerung des Reichstarifes für das Bankgewerbe. Die Versammelten faßten eine Entschließung, in der dem Vermittlungsvorschlage des Arbeitsministeriums zugestimmt wurde, anderseits aber betont wurde, daß infolge der Unzulänglichkeit der gewährten Verbesserung und infolge des Opfers, das die Bankangestellten durch vorgesehene Verlängerung der Arbeitszeit um täglich eine halbe Stunde brächten, dies nur mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und politische Lage und zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftsfriedens geschähe. Die Versammelten erwarteten, daß die Banken dieses Opfer dadurch praktisch anerkennten, indem sie im kommenden Herbst, infolge der bevorstehenden Erhöhung aller öffentlichen Lasten und der Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel, den Bankangestellten durch Gewährung von Teuerungsbeihilfen, über die Not der Zeit hinweghelfen werden. — In einer Versammlung des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten Ortsgruppe Köln-Deutz wurde die Notlage der Diätare besprochen. Es heißt u. a.: Ein Diätar (d. i. ein Beamter, der Tagegelder bezieht) bei der Postverwaltung beschäftigt, verdient z. B. monatlich 7—800 M. falls er unverheiratet, und 8—900 M. wenn er verheiratet ist. Hiervon gehen nun noch die Abzüge für Krankenversicherung, Sterbekasse, Beiträge zur Organisation, Kleiderkasse usw., dazu noch 10 Prozent Steuern ab, so daß am Schlusse des Monats nur noch 600—700 M. und noch weniger zur Auszahlung gelangen. Davon zu leben und sich zu kleiden, sei ausgeschlossen. Der Notschrei der Versammelten richtete sich besonders an die Volksvertreter; diese wie das Finanzministerium mögen bald für Abhilfe sorgen.

Die Generalversammlung des Vereins zur Förderung des Museums für Volkshygiene erfreut sich eines stets steigenden Interesses seitens der Bevölkerung, sodaß die Besucherzahl von 10749 im Jahre 1914 auf 21042 im Jahre 1920 gestiegen. Das Museum ist im großen Umfang zur Ausbildung von Kriegsdesinfektoren, Samaritern, Helferinnen vom Roten Kreuz, Krankenpflegerschwestern und namentlich zur Abhaltung von Vorträgen über Geschlechtskrankheiten benutzt worden. Das Museum dient auch zu Universitätsvorlesungen und wurde von der Britischen Besatzung zu regelmäßigen Führungen der Mannschaften rege benutzt. Eine Erweiterung der Ausstellungsräume scheint dringend geboten. Das Museum erfreut sich steigender auch internationaler Anerkennung, welcher erst neulich beim bevölkerungspolitischen Kongreß durch Prof. Dr. Muckermann aus Bonn beredter Ausdruck gegeben wurde. Es wurde ein größerer Vorstand von 37 Personen und ein geschäftsführender Ausschuß von 14 Personen gewählt und beschlossen, an den Herrn Oberbürgermeister den Antrag zu richten, für das Museum eine besondere städt. Kommission zu schaffen. Ferner soll beantragt werden, daß das Museum in die Klasse 12 eingereiht wird, da man der Ansicht war, daß es an Bedeutung in der heutigen Zeit mindestens den anderen Museen gleichzustellen sei. Zum Schlusse wurde dem Leiter des Museums, Prof. Dr. Czaplewski, für seine unermüdliche und nie rastende Tätigkeit Dank gesagt.

Sport-Nachrichten

✲ **Harzburg, 24. Juli. Preis von Thale.** Ehrenpreis und 13 000 ℳ. Jagdrennen. Verkaufsrennen. 3200m. 1. Hrn. C. Schwartzs Marconius (Thalecke), 2. Patella, 3. Susanne. Ferner liefen: Eichelkönig, Lotosblume, Ladro, Haubitze, Triumph, Villogo, Fulvia, Skagerak. Tot.: Sieg 61, Platz 19, 16, 87. 4, 1, 5 Lg. — **Harzburger Gestütpreis.** Ehrenpreis und 12 000 ℳ. Jagdrennen. Ausgleich-Herrenreiten. 3800m. 1. Hrn. A. Schumanns Perseus (Hr. v. Pelzer). 2. Kiek in die Welt. Tot.: Sieg 13. 3½ Lg. — **Wellenbrecher Hürdenrennen.** Ehrenpreis und 21 000 ℳ. 3400m. 1. Hrn. H. v. Mackensens Orta (Ackermann), 2. Tippel, 3. Brise. Ferner liefen: Marc Anton Schanze, Saloniki, Taktfest, Wehrmann II, Tot.: Sieg 87, Platz 22, 21, 25 Hals. 3, 5 Lg. — **Christian-Ernst-Jagdrennen:** Ehrenpreis und 21 000 ℳ. Herrenreiten. 3800m. 1. Hrn. L. Kohls' Schloßkönigin (Hr. v. Pelzer), 2 Rustie, 3 Koroby. Ferner liefen: Csardasfürstin, Ranunkel, Meerkatze. Tot.: Sieg 20, Platz 11, 13, 12. — **Preis von Romolkwitz.** Ehrenpreis und 13 000 ℳ. 1600m. 1. Hrn. v. Ploetz Stuchows Potztausend (H. Schmidt), 2. Snob, 3. Parsimonia. Ferner liefen: Anker, Corona, Telamon. Tot.: Sieg 35, Platz 18, 17. 1, 2, 1 Lg. — **Abschieds-Hürdenrennen.** Ehrenpreis und 13 000 ℳ. 3000m. 1. Hrn. C. Linserts Smaragd (Theilen), 2. Halbmond, 3. Schwanenritter. Ferner liefen: Pirol, Lippold, Lanze. Tot.: Sieg 19, Pl. 15, 21, 5 Lg., Weile 3 Lg.

✲ **München-Riem, 24. Juli. Preis von Rohrenfeld.** 12 000 ℳ. 1000m. 1. Hrn. H. Scharffs Ingeborg (A. Seiffert), 2. Mylitta, 3. Prinz Adi. Tot.: Sieg 20, 4, 3 Lg. — **Preis von Holtzau.** 12 000 ℳ. 1600m. 1. Hrn. M. Schönemanns Kowno II (Bressel), 2. Taurus, 3. Sydon. Ferner liefen: Elfe, La Hutte. Tot.: Sieg 35, Platz 14, 14. Kopf, ¾, ¾ Lg. — **Preis von Lewisfelden.** 10 000 ℳ. 3500m. 1. Hrn. E. Sechsers Lomsha (Hr. v. Moßner), 2. Ordensburg, 3. Füzesgyamat. Ferner lief: Casimir. Tot.: Sieg 17, Platz 11, 12, 15. 4 Lg. — **Preis von Schönburg.** 22 000 ℳ. 2200m. 1. Hrn. Babelotzkis Finboge (Wortmann), 2. Opanke, 3. Istria. Ferner lief: Musikant. Tot.: Sieg 43, Platz 13, 11. Hals, Kopf, 1½ Lg. — **Preis von Steinbach.** 16 000 ℳ. 4000m. 1. Hrn. Frhrn. G. v. Schrenk-Notzings Boros (Besitzer), 2. Raufbold. Tot.: Sieg 16. — **Preis von Stepperg.** 1600 ℳ. 1200m. 1. Frau Gräfin A. Ostheims Conde (Matt), 2. Baltazar, 3. Buvar. Ferner liefen: Hexenmeister, Cato II. Tot.: Sieg 14, Platz 15, 28. 1½ Lg. Kopf. — **Preis von Ludwigsfeld.** 12 000 ℳ. 3000m. 1. Hrn. O. Lampls Krickente (Görgenhuber), 2. Deinhart, 3. Ottilie. Ferner liefen: Fahrwohl, Anne-Marie. Tot.: Sieg 16, Platz 12, 16, 3, ½ Lg.

WTB **Kowno, 22. Juli. (Telegr.)** Mit dem 26. Juli wird nach Mitteilung der Litauischen Postverwaltung die erste Flugpostverbindung auf der Linie Kowno—Königsberg—Berlin eröffnet. Mit den Postflugzeugen werden gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen, ferner auch Personen und Pakete befördert werden.

Jungkorpsstudentischer Idealismus.

Von Walter Bloem.

Die Gründung der „Allgemeinen Studentenschaft" hat den Bürgern aller deutschen Hochschulen den seit mehr denn hundert Jahren ersehnten Zusammenschluß zu einer einheitlichen Organisation gebracht. Die Allgemeine Studentenschaft ist nun die oberste der von der Studentenschaft selber geschaffenen Selbsterziehungskörperschaften, welche die Besonderheit des deutschen akademischen Lebens bilden. Sie ist eine „Korporation", welche sämtliche Studierenden zwangsläufig aufnimmt. Aber abweichend von jenem ersten Versuch der Zusammenfassung der Gesamtstudentenschaft, den die alte Burschenschaft von 1815 darstellen wollte, hat die neue Vereinigung es nicht darauf abgesehen, die historische Form des deutschen Studentenlebens, das Verbindungswesen, abzuschaffen und durch sich selbst zu ersetzen. Sie besteht neben und über den Korporationen.

Diese Rücksichtnahme auf die geschichtlich überlieferte Gliederung, welche die Gesamtstudentenschaft in eine kaum übersehbare Vielheit kleiner Erziehungsgruppen auf der einen und in die Masse der nichtkorporierten Einzelstudenten auf der andern Seite zerlegt, hat sich als höchst zweckmäßig und förderlam erwiesen. Denn einmal wahrt sie dem Hochschüler, dem sein Individualismus oder seine knappen Daseinsmittel die Beteiligung an jeder Art von Gemeinschaftsleben versagen, die Freiheit seiner Lebensführung. Zum andern läßt sie den Schatz von Erfahrungen, Verbundenheiten und durch die Überlieferung geheiligten Gebräuchen unangetastet, der im deutschen Verbindungsleben beschlossen liegt, und auf dem ein großer Teil der Studentenschaft heute weniger denn je verzichten mag, heute, da dem Verderben die Erziehung des Heeresdienstes geraubt wurde und so manche andre Stütze zerbrochen ist, die dem Anlehnungsbedürftigen vormals einen Rückhalt gab. Wie tief das Verbindungsleben in seinem innern Wesen, als republikanisch organisierte freiwillige Gemeinschaft zur gegenseitigen Erziehung, wie in seinen äußern Formen, wie Farbentragen, Pflege des Waffensports, Kommen, der Eigenart des deutschen Universitätslebens entspricht, das beweist am deutlichsten die Haltung der in den letzten Jahren entstandenen Verbindungen, in denen sich diejenige Gruppe unsrer reichsdeutschen Hochschulangehörigen zusammengeschlossen hat, die sich von den überlieferten Verbindungen ausgeschlossen oder zurückgesetzt sieht, nämlich die jüdischen Studenten. Sie hätten wohl am ersten Anlaß gehabt, einen neuen Typ akademischer Gemeinschaft aufzustellen. Statt dessen ahmen sie das Wesen wie die Formen der historischen Verbindungen, von denen sie auf Grund der zeitläufigen antisemitischen Strömung abgelehnt werden, aufs genaueste nach und beweisen dadurch einmal, wie sehr sie, allem Protestlertum, allem Internationalismus, Zionismus und jüdischen Nationalismus zum Trotz, als deutsche Studenten fühlen und die deutsche akademische Lebensform als Bedürfnis empfinden. Zum andern beweist diese eigentümliche Erscheinung schlagender noch als die ungeheure Lebenskraft, womit die alten Verbindungen sich in allen Umwälzungen der „neuen Zeit" behauptet haben, wie eng die Idee des Verbindungslebens mit dem Wesen des deutschen Studententums verwachsen ist.

Wenn sonach der Zusammenschluß der Studenten in der außerkorporativen neuen Gemeinschaft der Allgemeinen Studentenschaft die Verdrängung und Ersetzung des Verbindungslebens weder zum Zweck gehabt hat, noch jemals zur Folge haben wird, so läßt sich doch erkennen und feststellen, daß die neue übergeordnete Organisation auf die Entwicklung des überlieferten Korporationswesens selbst heute von stärkstem Einfluß, von richtunggebender und zielsetzender Bedeutung geworden ist. Es erweist sich immer deutlicher, daß die Gründung der Allgemeinen Studentenschaft der Ausdruck einer Weiterentwicklung der Idee des Verbindungslebens ist, die sich in der Studentenschaft zwar schon vor dem Kriege in ihren ersten Ansätzen bemerkbar gemacht hatte, die aber durch das Kriegserlebnis und die politische Umwälzung in ungeahntem Maße gefördert und beschleunigt worden ist. Milderung der Gegensätze zwischen den großen Verbindungstypen, Beseitigung des Klassengegensatzes zwischen Akademikertum und Volksgesamtheit nach außen, nach innen aber Reform der Erziehungsgrundsätze in der Richtung einer minder starren Normalisierung und größern Berücksichtigung der persönlichen Eigenart, Hebung des kulturellen Niveaus, Überwindung mittelalterlich-ebenständigen Formenzwangs, Abstellung überlebter und entarteter Bräuche — das ist, mit einigen Schlagworten angedeutet, der wesentliche Inhalt dieser Entwicklung.

Ich darf mich als einer der frühesten Vorkämpfer dieser Bewegung bezeichnen. Im Jahrgang 1904/05 der Akademischen Monatshefte, des weiland amtlichen Organs des Kösener S.-C.-Verbandes, habe ich in meinem Aufsatz: „Zukunftsaufgaben der Korps" eine Anzahl Reformforderungen aufgestellt, die zum Teil heute schon erfüllt sind, zum Teil noch im Mittelpunkt des Entwicklungsringens stehen. Und welche Rolle mein Roman „Der tolle Fuchs" in der Geschichte dieses geistigen Kampfes gespielt hat, und obwohl er bereits im Jahre 1906 erschienen ist und seine Handlung in das Jahr 1887 fällt, auch heute noch spielt, ist bekannt. Ich darf mit tiefer Genugtuung feststellen, daß die Entwicklung, die ich durch all die 35 Jahre seit meiner Fuchsenzeit gefordert habe, durch die ungeheuern Erlebnisse, durch die wir hindurchgegangen sind, in Fluß gebracht worden ist. Und wenn die Gründung der Allgemeinen deutschen Studentenschaft auch keineswegs weder unmittelbar noch mittelbar den Zweck verfolgt hat, das Verbindungsleben zu reformieren — daß sie diese Wirkung hat, ist für den aufmerksamen Beobachter unsers Hochschullebens unverkennbar —, zumal seit dem Erlanger Studententag, dessen heilsame Ergebnisse durch den Schatten des Ausganges nicht dauernd verdunkelt werden können noch dürfen.

In der „Allgemeinen Studentenschaft" und den örtlichen Studentenschaften ist, um es kurz zu formulieren, der neutrale, ja der gemeinsame Boden hergestellt worden, auf dem die Vertreter der verschiedenen Korporationstypen sich zu vertrauensvoller Zusammenarbeit für allgemein-studentische Zwecke finden, kennen, verstehen und achten lernen können. Was den Feldsoldaten unter den Akademikern das Kriegserlebnis, das wird die „Studentenschaft" den nachrückenden Semestern bedeuten: die Überwindung der schroffen Gegensätze zwischen den Korporationen und die Vereinigung der in ihnen herangebildeten Kräfte zu gemeinsamer Betätigung für die akademische wie für die nationale Gesamtheit. Ein heilsamer Wettbewerb ist angeregt, dem Vorbildlichen ein Wirkungskreis und Nacheiferung gesichert, vor dem Lauen und Rückständigen die Maßstäbe heilsam-beschämender Selbstprüfung aufgestellt.

In wesentlich erhöhtem Maßstabe gilt das für die Jahresheerschau der großen akademischen Gesamtbürgerschaft, für den alljährlichen Studententag. Hier erlebt der einzelne „Vertreter", ich habe es in unzähligen Fällen beobachtet, vielfach zum ersten Male mit naivem Staunen die persönliche Begegnung und Berührung mit der obersten Auslese seiner gesamtdeutschen Kommilitonenschaft. Es kann nicht anders sein — dem Heimgekehrten wird der Horizont seines Verbindungsbetriebs zu enge geworden sein —, er wird seine ganze Persönlichkeit einsetzen, ihn auszuweiten, und wäre es auch nur in dem Bestreben, den geliebten Bund vor der Schande zu bewahren, daß er im löblichen Wettbewerb der Verbände um die geistige und „hochschulpolitische" Führung der Studentenschaft ins Hintertreffen gerate, kurz: die Jahrzehnte des Couleurgigerltums, des Kneipenstumpfsinns, der Mensurgladiatorenschaft gehören der Vergangenheit an.

* * *

Das bisher Ausgeführte gilt für die mannigfaltigen Typen des Verbindungsstudententums von seiner ältesten Ausprägung, dem Korpswesen, bis in die Gruppen der akademischen Freischaren hinein. Ich will nun versuchen, die Auswirkungen zu schildern, welche die bisher allgemein skizzierte Entwicklung auf eben jenen ältesten und auch heute noch aus zahllosen Gründen einflußreichsten aller Verbände akademischer Korporationen gehabt hat, nämlich auf das Korpsstudententum. Ich will vorab bemerken, daß ich hier von den Verhältnissen des Kösener S.-C. der Universitäten ausgehe, dem ich angehöre und den ich genau kenne. Aber ich glaube nach vielen Beobachtungen und Gesprächen urteilen zu können, daß ähnliche Erscheinungen wie die nachstehend festzustellenden auch bei den im Weinheimer und Rudolstädter S.-C. zusammengeschlossenen Korps der Spezialhochschulen hervorgetreten oder in der Bildung begriffen sind. Ich bin überzeugt, man wird mir von mancher Stelle vorwerfen, ich trüge innere Angelegenheiten des Korpsstudententums auf den Markt der großen Öffentlichkeit. Dieser Vorwurf schreckt mich nicht. Erstens bin ich ihn gewohnt, und zweitens bin ich der Meinung, daß es einen Verband höchstens ehrt, wenn seine Angehörigen den Mut und das Vertrauen, das sie ihm entgegenbringen, dadurch bekunden, daß sie Erscheinungen, die sich im Verbande zeigen, in aller Öffentlichkeit erörtern, sei es in scharf kritisierendem Sinne, wie ich das leider in der Vergangenheit mehrfach habe tun müssen, sei es in freudig anerkennendem, wie ich das heute dankbaren Herzens tun darf. Denn die Öffentlichkeit merkt das alles ja doch. . .

Der Kösener Kongreß des Jahres 1920 hat in den Angelegenheiten des Gesamt-Waffenstudententums, der Studentenausschüsse, der Ausländer, einer allgemeinen Ehrenordnung usw. teils eine abwartende Stellung beschlossen, teils einigte man sich auf nachstehende Richtlinien:

1. Es wird festgestellt, daß das in Paragraph 43 der Kösener Satzungen festgelegte Erziehungs- und Bildungsideal des Kösener Verbandes auch das Ziel der Deutschen Studentenschaft ist; dieses Ziel ist im Gegensatz zu der rein parteipolitischen Einstellung die Erziehung zum tätigen deutschen Staatsbürger.

2. Die Tätigkeit der Korpsmitglieder innerhalb ihres C.C. ist eine vorzügliche, den Charakter bildende, aber nicht ausreichende Vorschule für das Leben. Als Ergänzung hierzu muß hinzukommen eine Betätigung in der allgemeinen akademischen Bürgergemeinschaft als Erziehung zur spätern Führerschaft im Volksganzen.

3. Die Korps des K.S.C.V. müssen in die Probleme der studentischen Umwelt eindringen und zu deren Lösung führend beitragen. Es sind dies vorzugsweise alle die Studentenschaft bewegenden vaterländischen, sozialen und Kulturfragen sowie das körperliche und wirtschaftliche Wohl der Studierenden.

4. Zur Erfüllung dieser Aufgaben und Pflichten ist einmal eine straffe und stetige Geschäftsführung im K.S.C.V. und ein zweckentsprechender Ausbau der Deutschen Korpszeitung notwendig, anderseits aber muß jeder S.C. nach den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen feste Bestimmungen treffen, die eine Erziehung der jungen Mitglieder in dem Sinne dieser Richtlinien gewährleisten.

5. Durch möglichst zahlreiche Beschickung von Studententagungen jeder Art durch die einzelnen S.C. wird erreicht, daß die korpsstudentische Gemeinschaft über die Zeitströmungen unterrichtet wird und sich daran weiterbilden kann. (Berichterstattung an den Vorort, Aufsätze in der Deutschen Korpszeitung und der studentischen Presse, Vorträge und Aussprachen innerhalb der S.C. und C.C.)

In diesen Richtlinien kommt eine klare Erkenntnis der Zeitforderungen in mustergültiger Form zur grundsätzlichen Aner-

Neueste Nachrichten

Paris, 24. Juli. (Telegr. unseres eigenen Berichterstatters.) Der Präsident der Republik, Millerand, begibt sich morgen nach Le Havre. Dort findet eine Seewoche statt, während der ein Flottenmanöver im Kanal von der französischen Flotte veranstaltet wird.

§ **Paris, 24. Juli.** (Telegr. unseres eigenen Berichterstatters.) Die Interalliierte Oberkommission in Koblenz hat das Deutsche Offizierspiott für das besetzte Gebiet auf ein Jahr von drei Monaten verboten.

WTB Paris, 24. Juli. (Telegr.) Auf eine Anfrage, ob durch die unmittelbaren Verhandlungen zwischen der französischen und der deutschen Regierung über die Sachlieferungen nicht der Wiederherstellungsausschuß ungangen werde, erklärte Ministerpräsident Briand, er stehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Verhandlungen so geheim sein müßten, denn sie hätten nur den Zweck, die Einzelheiten für die Lieferungen in Natura und die Zahlungsart festzusetzen. Die französischen Vertreter beim Wiederherstellungsausschuß würden täglich über die Verhandlungen auf dem laufenden gehalten. Übrigens erklärte Ministerpräsident Briand es für unrichtig, daß Deutschland ermächtigt worden sei, durch Sachlieferungen fünfachtel der fälligen Summe zu bezahlen und daß in Deutschland Lokomotiven und Waggons auf Konto Reparationen bestellt worden seien.

Paris, 25. Juli. (Telegr.) Nach einer Meldung des Matin hat der amerikanische Senatsausschuß Hoover Mission in Rußland beauftragt, daß die amerikanische Organisation in der Lage sei, einer Million Kindern und Kranken in Rußland Hilfe zu bringen und daß sie die erforderlichen Nahrungsmittel, Kleidung und Heilmittel unter der Bedingung stellen könne, daß sich die Räteregierung entschließe, die gefangenen amerikanischen Bürger sofort freizugeben.

Prag, 23. Juli. (Telegr.) (Eigenes Berichterstattertelegramm.) Der Reichswirtschaftsrat kündigte der Münchner Prochazka an, daß, wenn die Metzger mit den Preisen für Fleisch und Räucherwaren nicht herabgingen, schon in der nächsten Woche in Prag und den großen Industriemittelpunkten staatliche Fleischausgabestellen eingerichtet würden. Wie das tschechische Agrarierblatt Venkov mitteilt, herrschen im böhmisch-mährischen Hügelland ungeheure Trockenheit und Hitze. Dadurch fehle es an Viehfutter, und die Landwirte müßten ihren stattlich angewachsenen Viehbestand um jeden Preis verringern. Trotz der billigen Preise finde man keinen Käufer. Das Blatt erkennt die schwere Belastung der Gewerbetreibenden an, aber das Verhalten der preistreibenden Großmetzger rechtfertige den Schritt des Ministers.

London, 25. Juli. (Telegr.) Dem Manchester Guardian zufolge, hat die Nachricht, daß Marschall Foch nach Warschau gehen will, die Erregung in hiesigen amtlichen Kreisen über das Vorgehen der Franzosen noch vergrößert. Die Spannung sei ernster, als es das französische und englische Volk ahne. — Nach dem Pariser Berichterstatter des Blattes, beweist die Sendung Fochs, daß die Militärpartei die jüngsten Schritte Briands diktiert habe; dem Verlangen habe er sich nicht widersetzen können.

London, 25. Juli. (Telegr.) Der Daily Chronicle erklärt, daß in amtlichen Kreisen von einem angeblichen Memorandum der britischen Admiralität wegen des Besitz Helgolands nichts bekannt sei.

London, 25. Juli. (Telegr.) Die Meldung der Pariser Presse, daß England der Sendung von Verstärkungen für Oberschlesien zugestimmt habe, wird vom Auswärtigen Amt in London für falsch erklärt, auch die Pariser Zustimmung wird für nicht wahrscheinlich gehalten, damit entfällt auch die Pariser Behauptung, daß die Zustimmung Londons durch den annahenden Charakter der Berliner Wahlen herbeigeführt worden sei. Die weitere Entwicklung der englischen Haltung dürfte durch den Bericht des heimkehrenden Kommissars Sir Harold Stuart beeinflußt werden.

Paris, 24. Juli. (Telegr.) Ein Angriff, den Pertinax heute vormittag gegen den italienischen Botschafter in London Di Martino richtet, verdient eine gewisse Beachtung, da er trotz aller Vorsicht die wahre Absicht der französischen Nationalisten aufdeckt. Der jetzige italienische Minister des Äußern Marquis della Torretta hat nach Pertinax einen Fehler, nämlich daß er an der Erneuerung des Dreibundes 1912 beteiligt war. Di Martino will nach seiner Ansicht unter allen Umständen Minister für auswärtige Angelegenheiten werden. Man sage ihm nach, er sei ein Deutschenfreund. Er habe strenge Worte gegen Nitti gesprochen und einmal erklärt, Frankreich müsse stark gegenüber Deutschland bleiben. Jetzt bemühe er sich in London um einen Kompromiß im Orient, damit Italien nach Albanien zurückgehen könne. Pertinax fragt, ob diese Bemühungen etwa zur Folge haben würden, daß die italienischen Delegierten sich bei der nächsten Tagung des Obersten Rats auf die Seite Lloyd Georges und Lord Curzons schlagen. Geschehe das, dann allerdings müsse Marquis della Torretta die nächsten Grundsätze aufgeben, nach denen er bis jetzt gehandelt habe.

Washington, 23. Juli. (WTB.) Obwohl die Einberufung Japans bestimmt ist, hält man für unwahrscheinlich, daß förmliche Einladungen zur Rüstungs- und Pazifik-Konferenz versandt werden. Obwohl der Tag des Zusammentritts noch nicht festgesetzt ist, wird der 11. November als besonders geeignet für die Eröffnung der Konferenz angesehen.

Berlin, 23. Juli. (Telegr.) Da sich auch das Personal des Straßburger Elektrizitätswerks der Streikbewegung anschloß, ruht der Straßenbahnverkehr. Die meisten Zeitungen erscheinen nicht.

Wesel, 23. Juli. (Telegr.) Wie aus dem niederrheinischen Hinterland mitgeteilt wird, sind die Aussichten der Milchversorgung für die kommende Zeit sehr trübe, zumal wegen Futtermangels selbst bei bedeutend höheren Milchpreisen nicht genügend Milch erzeugt werden kann. In der Stadt Wesel wird der Milcherzeugerpreis ab 1. August um 20 Pfennig je Liter erhöht, so daß der Kleinverkaufspreis an den Verkaufsstellen 2,80 Mark beträgt.

Bad Harzburg, Kreis Goslar, 23. Juli. (Telegr.) Der im März d. J. in Bad Harzburg verstorbene Rentner Karl Heinrich Höfinghoff hat der hiesigen Gemeinde für mildtätige und gemeinnützige Zwecke testamentarische Zuwendungen in der Höhe von etwa 200 000 Mark hinterlassen.

Frankfurt a. M., 23. Juli. (Telegr.) Dem hiesigen Gerichtschemiker Dr. Popp ist es gelungen, die völlige Übereinstimmung der Fingerabdrücke des Siefert, der als mutmaßlicher Mörder der beiden Bürgermeister in Heidelberg verhaftet ist, mit den Fingerabdrücken festzustellen, die sich auf den am Tatort gefundenen Briefen des Bürgermeisters Wanner befinden.

WTB Greifswald, 23. Juli. (Telegr.) Der Verband der Landarbeiter im Kreise Greifswald ist völlig zusammengebrochen; auf sämtlichen Gütern wird wieder gearbeitet. Auch im Bezirk Bütow, wo auf zwölf Gütern gestreikt wurde, ist die Arbeit heute morgen bedingungslos wieder aufgenommen worden.

WTB New York, 24. Juli. (Telegr.) Fünf der größten, von der United States Mail Steamship Company gecharterten Dampfer sind vom Schiffsamt beschlagnahmt worden, angeblich wegen Vertragsbruchs und Nichtbezahlung verschiedener Auflagen. Weitere der Gesellschaft gehörige Dampfer, die zurzeit auf See sind, sollen beschlagnahmt werden, sobald sie den Hafen erreicht haben. Die Schiffe gehörten ehemals sämtlich zur deutschen Handelsflotte.

Berlin, 24. Juli. (Telegr.) Über die politischen Vorbereitungen zu einem neuen Aufstand in Oberschlesien berichtet die Deutsche Allgemeine Zeitung aus Kattowitz, daß die Polen eine Freiheitsarmee für Oberschlesien unter dem General Tuschewsky gebildet haben. Das Hauptquartier der Armee befindet sich in Czenstochau. Die Sowjetrussen sind Übersetzungshelfen. Regelmäßige Verbindungen bestehen zwischen Czenstochau und dem früheren polnischen Hauptquartier in Schoppinitz.

Berlin, 25. Juli. (Telegr.) Laut der Deutschen Allgemeinen Zeitung ist der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Dr. Bope, der bisher das Referat „Wirtschaftsfragen" leitete, zum Geschäftsträger in Peking ernannt worden.

An unsre Bezieher!

Da die Möglichkeit besteht, daß die Zeitungsträgerinnen in Groß-Köln sich dem wilden Streik der Buchdruckergehilfen anschließen, wird die Zustellung der vorliegenden Nummer in vielen Fällen nicht ordnungsgemäss erfolgen können. Den Beziehern ist jedoch Gelegenheit geboten, die Zeitung gegen Vorzeigung der Abonnements-Quittung bei einer der unterzeichneten Zeitungs-Expeditionen oder deren Agenturen abzuholen.

Kölner Tageblatt. Kölnische Volkszeitung. Kölnische Zeitung. Mülheimer Zeitung. Rheinische Volkswacht. Stadt-Anzeiger zur Kölnischen Zeitung.

kennung. Aber es darf nicht wundernehmen, wenn gegenüber neuen Forderungen von so einschneidender und umwälzender Bedeutung in einer Gesamtheit, die sich so sehr auf eine Gesinnung aufbaut, für die ich das Kennwort „Traditionalismus" geprägt habe, die praktische Durchführung solcher Anregungen nicht allerorts binnen eines kurzen Jahres die Höhe der Zielsetzung erreicht hat. Was die Kreise der Alther renschaft anbetrifft, so mußte ich persönlich aus Anlaß eines Vortrages, den ich über das Thema „Der Korpsstudent und die neue Zeit" vor den Vereinigungen der Verbände aller Korpsstudenten in Berlin im Monat Februar halten konnte, die Beobachtung machen, daß den Zielforderungen der Reformwilligen neben teilweiser Anerkennung auch noch viel starre Ablehnung und hartnäckige Verständnislosigkeit entgegentraten. Die Schriftleitung des jetzigen amtlichen Organs der Kösener Korps, die in Frankfurt erscheinende Deutsche Korpszeitung, lehnte den Abdruck der stenographischen Niederschrift des erwähnten Vortrags ab, nicht nur wegen seines Umfangs, sondern aus den meines Erachtens ganz mißverständlichen Bedenken, die freimütige Kritik unsrer Institution durch einen Angehörigen werde ihren Gegnern Waffen zum Kampfe liefern.

Zum Glück wußte und weiß ich mich derjenigen Kreises sicher, in dessen Händen die Entscheidung über die Zukunft des Korpsstudententums liegt: nämlich der aktiven korpsstudentischen Jugend selbst. In ihr hat sich zum mindesten im Laufe des Jahres zwischen den Kösener Tagungen von 1920 und 1921 eine Bewegung angebahnt, die zu Pfingsten 1921 von einem ihrer wackersten jungen Kämpen, einem Angehörigen des Korps Bavaria zu Erlangen, geradezu als „jung-korpsstudentische Bewegung" ausgerufen worden ist. Es ist vielleicht nicht ganz unwesentlich, hervorzuheben, daß diese Bewegung ihre kräftigsten Anregungen von den süddeutschen Hochschulen her erhält, vorab von Erlangen, Würzburg, Tübingen, Freiburg — während sich unter Karl Manfred Frommels Einfluß das Göttinger Korpsstudententum schon längere Zeit hindurch im modernen Sinne zu entwickeln begonnen hatte.

Die Führung aber hat schon im Dezember 1920 der S. C. zu Freiburg übernommen. Er hat an sämtliche Senioren-Konvente des Kösener Verbandes das in korpsstudentischen Kreisen schon berühmt gewordene „Freiburger Promemoria" versandt, als dessen Verfasser der erste Chargierte des Korps Suevia, stud. H. Hinselmann, genannt werden muß, ein früherer Marineoffizier, der seine seelische Einstellung zu den korpsstudentischen Forderungen der Zeit auf das Miterleben des erschütternden Tages von Scapa Flow zurückführt... Aus dieser prachtvollen Urkunde jung-korpsstudentischen Geistes seien nur folgende Sätze hervorgehoben:

Zur Pflege des deutschen Gedankens und deutscher Gesinnung möge der Kösener S. C. es den Korps zur Pflicht machen, obwohl es nicht in den Traditionen und Anschauungen der Korps liegt, sich auf politischem Gebiet zu betätigen, den nationalen Gedanken zu fördern, zu pflegen und die deutsche Einheit wahren zu helfen, gerade in einer Zeit, wo an allem Althergebrachten gerüttelt wird, wo der Partikularismus und Separatismus seine größten Blüten treibt. Das traurige Bild der Parteizerrissenheit und -spaltung, sowie der innern Uneinigkeit, wie es leider der Ordentliche Kösener Kongreß 1920 vielfach gezeigt hat, muß verschwinden, damit an seine Stelle innere, vor allem aber äußere Einigkeit tritt, die Vorbedingung zu positiver Arbeit ist. Es dürfen nicht nur Worte geredet und geschrieben, sondern es muß ein Programm der Tat aufgestellt werden, dem die Arbeit unmittelbar folgt. Wenn die Angehörigen der deutschen Korps noch die Elite unter den Studenten sein und bleiben wollen, müssen sie aus ihrer Reserve heraus, müssen sie Zurückhaltung, Teilnahmslosigkeit und kleinliche Streitigkeiten ablegen.

Am Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens möge der Kösener Kongreß insofern tätigen Anteil nehmen, als er den einzelnen Korps nahelegt, dahin zu wirken, daß ihre Angehörigen während der Ferien in Betrieben jeder Art praktisch arbeiten. Hierdurch sollen die Korpsstudenten einerseits praktisch ausgebildet werden, hauptsächlich zur Stählung des Körpers als Ersatz für das fortgefallene Dienstjahr, anderseits wird dadurch der Korpsstudent gezwungen, daß die Korpsstudenten die Not der Zeit erkannt haben und zu jeder Zeit bereit sind, wenn es gilt, dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen. Mit allen Mitteln muß der deutsche Korpsstudent bestrebt sein, das werktätige Volk wieder national denken zu lehren. Nirgend wird er mehr auf diesem Gebiet leisten können als bei gemeinsamer Arbeit mit den uns fremd gewordenen deutschen Arbeitern. Auf jede nur denkbare Art muß versucht werden, die Klassengegensätze zu beseitigen, damit wir durch die Not der Zeit bedingt wieder ein einiges Volk werden. Dies große Ziel kann nur verwirklicht werden durch gegenseitiges Verstehen und Entgegenkommen. Beide Teile müssen Pflichten von sich fordern anstatt nur die schlechten Seiten des andern zu suchen.

Der Verfasser dieses Promemorias hatte die Ehre, es vor dem Kösener Kongreß von 1921 zu vertreten, und tat das mit einer Rede, die sich in Nr. 4 der „Deutschen Korpszeitung" abgedruckt findet. Aus dieser Rede seien noch folgende Ausführungen hervorgehoben:

Der neue korpsstudentische Geist soll uns alle durchdringen und beherrschen. Überall mit gutem Beispiel vorangehen, das wird unsre vornehmste Aufgabe sein. Es gilt jetzt, Dumpfheit und Genußsucht zu zerschlagen. Der korpsstudentische Geist muß beatendes, lebendes Schaffen verkörpern.

Der deutsche Korpsstudent von heute und besonders von vor dem Kriege war nicht nur überzeugend, sondern man kann wohl mit gutem Gewissen sagen — reiner Romantiker. Wir wollen nicht den Wert verkennen, der gerade darin steckt, vielleicht heute mehr als je zu andern Zeiten. Unsrer Überzeugung nach ist es aber unsre Pflicht und Schuldigkeit, der Zeit und dem Vaterland wie dem Volke gegenüber, das Leben in den Korps so schlicht und einfach zu gestalten wie nur möglich. Neben der äußern, einfachen Vornehmheit wollen wir hauptsächlich Anteil nehmen an den hohen Kulturgütern unsers Landes. Das Gute und heute noch Nützliche des Romantikers wollen wir vereinigen mit den Vorteilen des Rationalisten. Wir wollen durch den Verstand den innern Menschen ausgestalten, denn aus dem Innern heraus muß die Umgestaltung in den Korps, die Gesundung des Volkes und unsers über alles geliebten Vaterlandes kommen. Und jetzt lassen Sie mich an den Schluß meiner allgemeinen Ausführungen ein Wort setzen, das ich am Ende des vorigen Semesters unsern Inaktiven zurief: Wir dürfen und wollen nicht über unsre Zeit klagen, wir sind dazu da, sie besser zu machen."

Auf Grund des Freiburger Promemorias und der demselben Ziele dienenden Anträge des Würzburger S. C. faßte der Kongreß nach eingehender Debatte und Kommissionsberatung folgenden Entschluß:

Die deutschen Korps werden auf die Richtlinien des K. C. von 1920 zur Stellungnahme zu allgemeinen studentischen Angelegenheiten erneut hingewiesen, und es wird den S. C. und Korps empfohlen, im Sinne dieser Richtlinien örtlich tätig zu sein.

Die Aufstellung von Sonderprogrammen für jeden S. C., evtl. jedes einzelne Korps, wird empfohlen.

Die Angelegenheiten des Gesamtstudententums und die Aufgaben des Korpsstudententums innerhalb desselben sind auf die Tagesordnung jedes O. K. C. zu setzen.

Einen Tag vor dem O. K. C. hat ständig ein Ausschuß zusammen zu treten, gebildet aus je einem Vertreter jedes S. C. und des Gesamtausschusses Alter Korpsstudenten. Dieser Ausschuß bespricht die Angelegenheiten des Gesamtstudententums und des Korpsstudententums unter Zugrundelegung der Berichte und Erfahrungen der einzelnen S.-C.-Vertreter, um damit die gemachten Erfahrungen allen dem Kösener Verband angehörigen S. C. als Anregungen an die Hand zu geben.

Besonders hervorstechende Erfahrungen sind schon vorher von Fall zu Fall im Gesamtausschuß zur Weiterverbreitung unverzüglich mitzuteilen.

Die Anfrage, ob während der Ferien praktische Arbeit in Betrieben jeder Art erwünscht wird, wird einstimmig bejaht.

Dieser Beschluß entsprach den Wünschen der Stürmer und Dränger noch nicht ganz, weil er die von ihnen geforderte Schaffung einer Zentralinstanz für die Förderung der gesamtstudentischen Arbeit ablehnte und demnach die Weiterentwicklung der Beteiligung an dem akademischen Gemeinleben noch immer fast ausschließlich der Initiative der einzelnen Korps, wenn auch unter warmer Befürwortung, überließ. Die Verfechter der jung-korpsstudentischen Ziele aber haben sich zu entschlossener Weiterarbeit gefunden, und die nächste Auswirkung ihres Zusammenschlusses war die Anregung des Göttinger S. C., es möge jeder S. C. zum Erlanger Studententag einen eignen Vertreter als Beobachter und Berichterstatter entsenden. Diesem Vorschlag haben alle S. C. ausnahmslos Folge geleistet. Die Wirkung der Eindrücke des „Studentenparlaments" auf die jungen Korpsvertreter war, ich weiß es aus unzähligen Beobachtungen und Aussprachen, überwältigend, und auch der schmerzliche Ausklang der Tagung hat, so darf ich hoffen, nicht hindern können, daß das unvergleichliche Erlebnis des Zusammenwirkens aller Gruppen des Jungakademikertums nachhaltigen Einfluß auf die Weiterentwicklung der jung-korpsstudentischen Gedankenwelt und ihre Verwirklichung im Alltagsbetrieb des Korpslebens haben wird. Muß ich es noch aussprechen, daß ich als Angehöriger zweier Korps, zu denen ich in den schönsten Beziehungen stehe, sehr glücklich bin in dem Bewußtsein, daß ich keinem Phantom nachgelaufen bin, wenn ich trotz mancher Vorbehalte und Enttäuschungen an die Echtheit, Unverwüstlichkeit und Unentbehrlichkeit der korpsstudentischen Idee geglaubt habe?!

Aber: einen persönlichen Vorbehalt muß ich auch heute noch machen. Er betrifft die Haltung des Korpsstudententums wie der weitaus überwiegenden Masse unsrer Studentenschaft zur Judenfrage. Ich kann es mir leisten, hier Farbe zu bekennen, auf die Gefahr, mich um viele Sympathien in den mir am nächsten stehenden Kreisen zu bringen. Denn mein arischer Stammbaum ist einwandfrei, und „Trinkgeldempfänger" (Lagarde) in irgendwelcher Form bin ich auch nicht. Um der Gerechtigkeit willen muß ich dies eine sagen, wie ich es auch schon auf dem Kösener Kongreß betont habe: jedes Schematisieren und Verallgemeinern ist mir persönlich ein Greuel und hat sich meiner Erfahrung nach noch überall gerächt. Das gilt auch für die grundsätzliche Stellungnahme der Korps, der Burschenschaft und fast der gesamten Studentenschaft gegenüber den jüdischen Kommilitonen. Muß ich es hervorheben, daß ich genau so gut wie jeder Vaterlandsfreund, wie auch zahllose aufrichtig nationaldeutsch gesinnten Juden, die Gefahr deutlich erkenne, die von gewissen Auswüchsen, Ausschreitungen, Entwicklungserscheinungen des Judentums unserm deutschen Wesen droht?! Aber wie ich selber jüdische Korpsbrüder habe, die ich — und dies ist auch die überwiegende Meinung in meinen Korps — zu unsern Besten rechne, so kenne ich junge israelitische Deutsche genug, die vorm Feinde wie in geistiger Betätigung bewiesen haben, daß sie so gute Deutsche sind als nur irgendein Vollblutgermane. Diese Kräfte aus unsern Reihen ausschließen, ist eine Ungerechtigkeit und — verzeih mir, Hoher Kösener, wenn du kannst! — eine Torheit dazu. Dieser schematisierende, generalisierende Geist fordert mich, wo immer ich ihm begegne, zu schärfstem Widerspruch heraus. Er scheint mir auch ein Fleck auf dem verheißungsvollen Bild der jung-korpsstudentischen Bewegung. Es ist Unfug, von „dem Juden", „dem jüdischen Geist" zu reden. Den gibt es so wenig, wie es „den Deutschen" und „den deutschen Geist" gibt. Überall gilt das Sprichwort meiner Heimat: „Es gibt solche und — so'ne"... Und die gebildete Jugend germanischer Abstammung wird eines Tages inne werden, daß der geistige und gesellschaftliche Pogrom eine ebenso barbarische Waffe ist wie der Pogrom der Straße. Das jüdische Problem wird, wie alle andern großen Kulturfragen, nur im Sinne des Christuswortes gelöst werden können: „Laß dich nicht das Böse überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem..."

So — diesen Vorbehalt zu machen zwingt mich mein Gerechtigkeitssinn, meine Humanität. Mit diesem Vorbehalte wünsche ich der jung-korpsstudentischen Bewegung aus tiefstem Herzen eine segensvolle Entwicklung — allerdings im Sinne des Worts, das Karl Sonnenschein dem Erlanger Studententage bei seiner Beratung über das Thema „Wiederherstellung der Volksgemeinschaft" zurief: „Nicht Worte nur — Taten!"